



Wiederzusammentritt des Reichstages.

§§ Der Reichstag nimmt heute nachmittags um 3 Uhr seine Vollsitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung stehen zunächst nur eine Anzahl Anfragen und dann politisch unbedeutende kleine Vorlagen. Über die Gegenstände des neuen Abschnittes der Tagesordnung will sich der Ältestenrat erst vor der Sitzung schlüssig werden, auch über die Frage, wann die Angelegenheit der Wahl des Reichspräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Vermutlich wird der Reichstag nur diese Woche, höchstens bis Dienstag nächster Woche tagen, da die Deutschnationalen mit Rücksicht auf ihren Parteitag die Freilassung der letzten vier Tage nächster Woche beantragt haben. Für die nächstfolgende Woche haben andere Parteien aus gleichen Gründen Aussetzung der Verhandlungen gewünscht.

Der Landtag nimmt heute ebenfalls seine Verhandlungen wieder auf. Außer kleineren Vorlagen steht die Rechnung über den Staatshaushalt von 1921 auf der Tagesordnung.

Die Zusammenstöße in Berlin.

§§ Im Verlaufe der polizeilichen Ermittlungen über die blutigen Zusammenstöße beim Zirkus Busch fand Sonntagabend eine Durchsuchung sämtlicher Räume der „Roten Fahne“ statt. Es wurde Material beschlagnahmt, das sogleich einer Prüfung unterzogen wurde. Im Laufe des Sonntagabend sind noch etwa 30 Personen festgenommen worden. Alle bei den Straßenkämpfen verletzten Personen sind außer Lebensgefahr. Auch die beiden Polizeiwachmeister, deren Zustand zunächst zu Besorgnis Anlaß gab. Die Kommunisten haben übrigens trotz der Warnungen des Polizeipräsidenten Nichter ihr am Sonntag im Zirkus Busch begonnenes Treiben fortgesetzt. Sie drangen am Montagabend in Neukölln in die Versammlungen der Deutschsozialen Partei und des Bismarckbundes ein, störten durch Lärmen und Schreien die Verhandlungen und gingen dann, als die Leiter der Versammlungen sie hinauszuweisen drohten, mit Gewalttätigkeiten vor. Sie hatten die Ausgänge besetzt und die Telefonleitung gestört, sodaß die Polizei nicht rechtzeitig herangerufen werden konnte. In mehreren eigenen Versammlungen kündigten die kommunistischen Redner an, die Kämpfe sollten ununterbrochen weitergeführt werden. Am Zirkus Busch seien die Kommunisten von der „bewaffneten Orgel“ überfallen worden. Wenn die Verhafteten nicht schleunigst freigelassen würden, solle der Generalstreik ausgerufen werden. Der kommunistische Abgeordnete Kemmele sagte, in Deutschland könne nur ein Herrscher, entweder das Hakenkreuz oder der Sowjetstern.

Die bereits kurz erwähnte Interpellation der Deutschnationalen im Reichstage hat folgenden Wortlaut:

Eine Kundgebung baltischer Verbände ist durch organisierte Gewalttat gestört, und mehr als ein Menschenleben ist vernichtet worden. Die Polizei hatte vorher in öffentlicher Kundgebung das Erlaubte der Versammlung betont und ihren Schutz zugesagt. Durch den skandalösen Verlauf der Ereignisse ist bewiesen, daß die vorhandenen Gesetze zum Schutze der Versammlungsfreiheit nicht ausreichen. Eine gesetzliche Bestimmung des Inhalts, daß gewaltsame Sprengung oder Verhinderung nicht verbodener Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen unter Strafe gestellt wird, ist bereits beim Reichstage beantragt. Die Frage des Schutzes der Versammlungsfreiheit bedarf aber weiterer Klärung und entsprechender gesetzlicher Maßnahmen. Vor allem aber bedarf die Handhabung der bestehenden Gesetze im Sinne eines unbedingten Schutzes der Versammlungsfreiheit, des Schutzes der Persönlichkeit und der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung einer grundlegenden Änderung. Ist die Reichsregierung bereit, unverzüglich ihre Haltung entsprechend einzurichten, ist sie namentlich bereit, die vollen, bestehende und verfassungswidrige Parole „Der Feind steht rechts“ endlich rückhaltlos aufzugeben und nachdrücklich dafür zu sorgen, daß dem Recht überall in Deutschland Geltung verschafft wird? Oder will sie weiter die Millionen Deutscher, die politisch rechts stehen, als ihre Feinde ansehen, deren Versammlungen und Leben nicht zu achten sind?

Eine eigenartige Stellung nimmt die der Deutschen Volkspartei nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu den Berliner Vorgängen. Sie wirft allen Ernstes die Frage auf, ob die Versammlung des Bundes für Freiheit und Ordnung nicht hätte verboten werden sollen. Es erscheint dem Blatt als ein Hohn, daß während der Geltung des Gesetzes zum Schutze der Republik eine derartige „antirepublikanische Veranstaltung“ von der Polizei gefördert und geschützt werde. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ scheint dabei zu übersehen, daß dem Bunde für Freiheit und Ordnung auch Anhänger der Deutschen Volkspartei angehören und daß sich unter den Rednern am Sonntag der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer Geisler befand. Auch wird man nicht sagen können, daß das Hauptziel des Bundes, Vortreibung von dem unerträglichen Joch der Feinde, irgendwie antirepublikanischen Anstrich habe. Die Haltung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ dürfte zu erklären sein mit Entwicklungsmöglichkeiten im Hinblick auf die in Aussicht stehende große Koalition.

Die Wirtschaftsnote.

Laut „Vorwärts“ beschäftigt sich das Reichskabinett am Montag mit dem Entwurf eines Gesetzes auf Schaffung eines wertbeständigen Goldpapiers. Es handle sich um ein Zahlungsmittel, das im Inlande nach dem jeweiligen Stande des Dollars in Zahlung genommen werden soll.

Die Berliner Funktionäre der vereinigten sozialdemokratischen Partei nahmen in einer Versammlung nach einem Referat Hilferding's über die Reparations- und Währungsfrage einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: „Durch eine Stützungsaktion für die Mark muß mit Hilfe des Goldschages der Reichsbank und durch die Auflegung einer inneren wertbeständigen Goldanleihe die weitere Flucht vor der Mark verhindert werden. Die Funktioneerversammlung erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie alles tut, um diese Forderung durchzusetzen, da sonst die Sozialdemokratie die Verantwortung für die drohende Gefahr des Wintereis nicht mehr übernehmen kann.“

Die vom Grafen Lerchenfeld überreichte Denkschrift fordert von der Reichsregierung die Einführung der Zuchthausstrafe für Devisenverfälschung und Wucher. Ferner wird die Schaffung eines wertbeständigeren Papiergeldes, ein allgemeiner Preisabbau und eine Differenzierung der Löhne und Gehälter entsprechend dieser neu festzusetzenden Preise verlangt. Reichsminister Schmidt hat an Graf Lerchenfeld die Mitteilung gerichtet, daß er gern bereit sei, in einem persönlichen Meinungsaustausch mit den Vertretern Bayerns zu treten. Gleichzeitig ladet er die Vertreter Bayerns zu einer Besprechung nach Berlin ein.

Sachlieferungen und Wiederaufbau.

Paris, 17. Oktober. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Dem „Echo de Paris“ zufolge überreichte die deutsche Regierung der französischen eine Note, worin sie sich grundsätzlich mit dem Plan Le Troquer's einverstanden erklärt, der die Durchführung von Arbeiten im Innern Frankreichs durch deutsche Unternehmer unter Verwendung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte vorsieht. Die deutsche Regierung bekennt sich grundsätzlich zu den Anschauungen Le Troquer's. Sie fordert aber, daß eine Abordnung nach Berlin komme, um die Durchführungsmöglichkeiten zu erörtern.

Aus Amiens meldet „Echo de Paris“, daß die ersten deutschen Materialien, die gemäß dem Abkommen Stinnes-Lubetac zu liefern waren, im Sommergebiet eingetroffen sind. Da die Nachfrage nach diesen Materialien in den Kooperativgenossenschaften außerordentlich groß ist und man eine gerechte Verteilung vornehmen will, wurde ein Büro für den Empfang und die Aufteilung dieser Materialien im Sommergebiet errichtet, das als Vermittler zwischen den Firmen und Verbrauchern zu gelten hat und die Verteilung vornehmen soll.

Poincaré und der Minister für die befreiten Gebiete, Raibel, empfangen gestern den Aktionsausschuß für die zerstörten Gebiete unter Führung des Sekretärs dieses Ausschusses Doucebame. Dieser sprach von dem Abkommen, das der Ausschuß in Berlin am 23. Oktober mit dem Verbands sozialer Baubetriebe abschließen sollte. Dieses Abkommen habe den Zweck, die Interessen der Geschädigten zu wahren, weil diese keinerlei Schaden durch Privatabmachungen oder Spekulation erleiden sollen.

Moratorium und interalliierte Schulden.

Paris, 17. Oktober. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Reparationskommission hält heute nachmittags um 3 Uhr eine offizielle Sitzung ab, die sich um alle laufenden Angelegenheiten drehen wird. Unter anderem steht auf der Tagesordnung der Wiederaufbau der Bibliothek von Löwen und die Prüfung einer Anzahl von Kreditträgen, die die deutsche Regierung ins Ausland versandt hat. Nach der offiziellen Sitzung wird eine offizielle Besprechung der Mitglieder der Reparationskommission stattfinden, in der der Plan John Bradburys geprüft werden soll. Die französische Regierung selbst beabsichtigt nicht mehr der Reparationskommission Gegenorschläge zu Bradburys Plan zu überreichen. Sie hat sich fest entschlossen, das Gegenprojekt, das gegenwärtig im Finanzministerium ausgearbeitet wird, ausschließlich der Brüsseler Finanzkonferenz vorzulegen, indem sie erklärt, daß Deutschland keinerlei neue Moratoriumsbitten überreicht habe, weshalb die Reparationskommission sich auch um die Frage eines Moratoriums jetzt nicht zu kümmern habe.

Es ist aber festzustellen, daß sich heute in den Anschauungen der französischen Regierung bezüglich des Deutschlands zu gewöhnlichen Moratoriums ein sichtbarer Umschwung vollzogen hat. Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“, der immer über die Absichten des französischen Kabinetts gut unterrichtet ist, erklärt heute, daß Poincaré zu der Anschauung gelangt sei, daß Deutschland sowohl für die Geldzahlungen als auch für die Naturallieferungen ein großes Moratorium gegeben werden müsse, das sich eventuell über das Jahr 1924 hinaus erstrecken könnte. In französischen Finanzkreisen ist man überzeugt, daß es leicht gelingen könnte, große Beträge in der Form kurzfristiger Schatzanweisungen zu begeben und daß dies um so leichter möglich wäre, wenn diese Schatzanweisungen von der deutschen Regierung gegengezeichnet würden. Deutschland hätte das Verprechen abzugeben, viele Schatzscheine innerhalb fünf Jahren einzulösen.

Die Bedingungen, die Frankreich daran knüpft, müssen als außerordentlich gefährlich erscheinen. Frankreich will die Kontrollmaßnahmen über Deutschland in ungewöhnlicher Weise verschärfen. Unter diesen befindet sich insbesondere die Verlängerung der Besetzung in den einzelnen Zonen des Rheinlandes. Hier ist besonders darauf hinzuweisen, daß gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles die Besetzung der Koblenzer Zone im Jahre 1925 enden müßte. Frankreich will sich nun auf den Standpunkt stellen, daß das außerordentliche Moratorium, das Deutschland jetzt gewährt werden soll, im Versailler Friedensvertrage nicht vorgesehen sei, weshalb auch während der Dauer des Moratoriums die Besatzungstruppen in den Rheinlanden als nicht einzuhaltend zu betrachten sei.

An diese Bedingungen für die Gewährung eines langfristigen Moratoriums an Deutschland knüpft Frankreich dann eine weitere Forderung, nämlich die Streichung der alliierten Schulden. In England besteht heute weniger als je Geneigtheit, sich dieser Forderung Frankreichs zu fügen, und die französische Orientpolitik war sicher nicht geeignet, das englische Kabinett derartigen Wünschen Frankreichs gefügiger zu machen. Dazu kommt noch, daß gerade heute eine Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs für Handel, Hoover, vorliegt, wonach Amerika absolut nicht die Absicht habe, seine Forderungen gegenüber den europäischen Staaten nachzulassen. Wenn dieser Gedanke Hoovers verwirklicht werden würde, England also seine Schulden an Amerika vollkommen bezahlen müßte, so dürfte dieses kaum geneigt sein, Frankreich irgend etwas von den Schulden nachzulassen.

Der französische Plan, das Reparationsproblem in Brüssel auf Grundlage eines Moratoriums auf Verlängerung der Besatzungstruppen in den Rheinlanden zu beraten und das Moratorium gleichzeitig von der Annullierung der interalliierten Schulden abhängig zu machen, muß von vornherein als unmöglich angesehen werden. Nicht vergessen darf übrigens werden, daß alle Verschärfungen der Kontrollmaßnahmen in Deutschland ein enges Zusammenarbeiten der Alliierten untereinander zur Voraussetzung haben. Aber im Protekt John Bradburys, der dieses sicherlich mit Zustimmung seiner Regierung in der Reparationskommission ausgearbeitete, ist allerdings eine Verschärfung der Kontrollmaßnahmen über die deutschen Finanzen vorgesehen. Aber nichts deutet darauf hin, daß England irgendwie eine Verlängerung der Besatzungstruppen oder irgendwelche anderen militärischen Zwangsmaßnahmen ins Auge fassen würde.

Die innerpolitische Krise in England.

London, 16. Oktober. „Evening News“ zufolge ging heute nachmittags das Gerücht, daß die Einheit der unionistischen Partei ernstlich bedroht sei. Von maßgebender Seite sei mitgeteilt worden, daß Chamberlain nächsten Donnerstag dafür eintreten werde, daß die Regierung vor das Land als Koalitionsregierung treten solle. Es sei äußerst zweifelhaft, daß auch nur die geringste Einigkeit darüber erzielt werden wird, und es werde für möglich gehalten, daß Chamberlain die Führung der Partei niederlege. Sollte sich diese Voraussetzung bestätigen, so stehe die Möglichkeit der sofortigen Bildung einer Zentrumsparlei mit Lloyd George, Chamberlain, Lord Winston Churchill und Sir Robert James als Führer bevor. Nächsten Donnerstag werde eine Konferenz der unionistischen Minister und Parlamentarier im Carlton-Gebäude abgehalten werden. Alle unionistischen Regierungsmitglieder sind zur Teilnahme aufgefordert worden, bezweifelnd die unionistischen Parlamentarier mitgliedern. Chamberlain wird, wie die Blätter melden, eine Erklärung über die politische Lage abgeben. Es wird eine Abstimmung über die Politik der Regierung bei den bevorstehenden Wahlen vorgenommen werden. Die Jahresversammlung der unionistischen Vertreter wird, wie vereinbart wurde, am 16. November stattfinden. Lloyd George wird seine nächste politische Rede am Sonnabend in Newcastle halten.

Nach einer anderen Meldung verlautet, daß sich infolge der verschiedenen, gestern in der Downingstreet abgehaltenen Konferenzen die Lage etwas geändert habe. Die unionistischen Minister sollen sofortigen Neuwahlen abgeneigt sein. Die ganze Frage hängt von der Entscheidung in der Zusammenkunft der Unionisten am Donnerstag ab. Wenn dort die Abstimmung ausfallen der Aufrechterhaltung der Koalition ausfalle, würden in diesem Jahre keine Neuwahlen stattfinden. Wenn die Versammlung sich aber der Beibehaltung der Koalition feindlich zeige, erwarte man, daß Chamberlain und die anderen unionistischen Mitglieder des Kabinetts zurücktreten werden.

Verschiedene Mitteilungen.

Ein englischer Minister bei Ludendorff? Wie der „Tag“ aus Münchener politischen Kreisen meldet, soll der englische Minister of Wealth, Sir Alfred Mond, General Ludendorff in dessen Münchener Villa zu einer längeren Unterhaltung aufgesucht haben.

Eine japanische Militärmission, die zurzeit Europa bereift, um die militärischen Einrichtungen in den verschiedenen Staaten und die Verhältnisse im Rheinlande kennen zu lernen, traf in Koblenz ein. Sie wird vermutlich auch Köln, Düsseldorf und andere Städte im besetzten Gebiet besuchen.

Die Abänderung der Versicherungsgesetze. Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten verabschiedete in zweiter Lesung den Gesetzentwurf zur Änderung des Versicherungs-Gesetzes für Angestellte. Die allgemeine Invalidenversicherung wurde entsprechend geändert.

Im Schutze der Republik verboten. In Regal wollte die deutschnationale Jugend ein Gedächtnisfest für die verstorbene Kaiserin veranstalten; das ist verboten worden.

Über 100 Millionen Mark gestohlen. Am Sonntag früh wurde in Raumburg im Hotel „Schwarzes Rok“ einem kurzen Zeit abwesenden Gaste die Kassa mit 1/4 Millionen in barem Geld, zum Teil in ausländischen Scheinen sowie Depotscheine, Aktien und Schecks im Werte von 100 Millionen Mark gestohlen. Die Kriminalpolizei hat die Untersuchung aufgenommen.

Schlesien.

Zur Frage des oberschlesischen Oberlandesgerichts.

rt. Bentzen, 17. Oktober. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß gestern Abend mit der Frage der Errichtung eines besonderen Oberlandesgerichts für Oberschlesien. Es wurde sehr scharf Stellung genommen gegen die Anträge des Breslauer Magistrats, der sich gegen eine Teilung des Oberlandesgerichts Breslau erklärt hat. Die Bentzener Stadtverordnetenversammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, welche die sofortige Errichtung eines besonderen Oberlandesgerichts für Oberschlesien verlangt. Man würde es als einen Bruch gegebener Versprechungen und als eine schwere Jurisdiktion ansehen, wenn dem durch die Gewährung einer besonderen Provinzialautonomie anerkannten Sondercharakter der Provinz in kultureller, sprachlicher und wirtschaftlicher Beziehung nicht auch durch die Schaffung eines eigenen Oberlandesgerichts Rechnung getragen würde.

Aus Oberschlesien.

Wahlvorbereitungen.

Kreuzstadt, 16. Oktober. Eine Vertrauensmännerversammlung des Zentrums des Kreises Kreuzstadt hat beschlossen, den bisherigen Landtagsabgeordneten Geheimrat Meyer wieder als Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl zu präferieren.

Polnischer Vorstoß gegen einen Bürgermeister.

Karnowitz, 16. Oktober. Den hiesigen Bürgermeister Michas möchten die Polen gern von seinem Amte entfernen. In einem von mehreren polnischen Einwohnern und Vereinen unterzeichneten Schreiben an den Bürgermeister ist dieser aufgefordert worden, sein Amt niederzulegen. Zur Begründung wird behauptet, Karnowitz sei schon heute in der Mehrheit polnisch. Herr Michas aber sei bei der Sejmwahl als Kandidat des deutschen Zentrums aufgestellt worden. Auch das Ergebnis der Wahl führen die Polen als Argument für ihre Behauptung auf, daß Karnowitz eine vorwiegend polnische Stadt sei. Tatsächlich ergibt sich daraus das Gegenteil; denn die Deutschen erhielten 250 Stimmen, das sind 56 Prozent, die Polen nur 1900 Stimmen gleich 46 Prozent. Die Polen behaupten allerdings, daß viele polnische Wahlberechtigte in die Listen nicht eingetragen gewesen seien. Dem Bürgermeister wird weiter vorgeworfen, daß er polnische Beamte schlecht behandelt und deutsche bevorzugt habe, und zum Schluß erklären die Briefschreiber, sie würden, falls der Bürgermeister sein Amt nicht niederlege, nicht imstande sein, die Bevölkerung von unerwünschten Handlungen zurückzuhalten — also man droht mit Gewalttaten. Bürgermeister Michas weist in einer öffentlichen Erklärung die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen ganz entschieden zurück und teilt mit, daß er die ganze Angelegenheit dem Wojewoden Pomeran zur Entscheidung unterbreitet habe. Im übrigen erklärt er, daß er die Urheber des Schreibens für den ihm erscheinenden Schaden schon jetzt haftbar mache. Bürgermeister

Wiederkehrt, was besonders bemerkt zu werden verdient, neben der deutschen auch die polnische Sprache in Wort und Schrift. Die Hochsprachigkeit war ein Hauptgrund für seine erst in diesem Jahre erfolgte Verurteilung auf seinen Posten.

Polnische Maßregelung eines deutschen Geistlichen.

Königsbrunn, 16. Oktober. Der an der hiesigen städtischen höheren Mädchenschule als Religionslehrer angestellte Geistliche Otto Nathai ist fristlos aus seinem Amte entlassen worden. Die Entlassung erfolgte durch ein Schreiben des Magistrats vom 14. d. M., das sich auf eine Verfügung der Wojewodschaft bezieht. In dieser vom 28. September datierten Verfügung wird empfohlen, Nathai zum 16. Oktober zu entlassen und gleichzeitig die Stelle dem Kaplan Jan Grzanka aus Bielechowitz zu übertragen. Die Entlassung des beliebten Geistlichen hat in den Kreisen der Eltern und SchülerInnen große Empörung erzeugt. Selbstverständlich handelt es sich bei der Angelegenheit um eine politische Maßregelung.

Erhöhung des Kartoffelpreises.

Von der Kartoffelnotierungskommission ist für die Provinzen Nieder- und Oberschlesien ein Preis von 380 Mark pro Zentner weiße und rote Speisekartoffeln ab Verladestation des Erzeugers notiert worden. Für gelbe Kartoffeln ist kein Preis notiert worden.

Ostdeutscher Holzhandlertag.

Im Kongresssaal zur Breslau begann am 18. d. M. früh die 28. allgemeine Mitgliederversammlung des Vereins Ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke.

Nachdem der Vorsitzende, Kommerzienrat A. Franke aus Berlin die sehr zahlreiche Versammlung begrüßt und darauf hingewiesen hatte, wie die Holzwirtschaft jetzt vor schweren Problemen stehe, hielt Landesforstmeister Gernlein im Namen des Landwirtschaftsministeriums und der preussischen Staatsforstverwaltung eine Begrüßungsansprache, in der er das Bestreben der genannten Verwaltung betonte, mit den Vertretern des Holzhandels, der Sägewirtschaft und aller holzverarbeitenden Gewerbe auch persönliche Beziehungen zu erhalten. Die Lage sei schwierig, denn infolge des Verlustes reicher Holzgebiete und der Erschwerung der Einfuhr reiche das Holz überall nicht aus, und die enorme Entwertung der Mark und die fabelhaft gestiegenen Holzpreise machten jedes Holzgeschäft zu einem großen Risiko. Die preussische Staatsforstverwaltung betrachte es nicht als das alleinige Ziel, große Mengen von Papiermark einzunehmen, sondern auch sie lege Wert darauf, daß die Holzwirtschaft gesund bleibe. Nunmehr überging auch die enormen Anforderungen der Entente als Damoklesschwert über uns; wenn sie in der bekanntgewordenen Form erfüllt werden sollten, würde das zu einer schweren Katastrophe für die heimische Holzwirtschaft führen. Weitere Begrüßungsansprachen hielten Oberregierungsrat Dr. Strohmeyer vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Oberforstmeister Schütte im Namen des Breslauer Regierungspräsidenten und der Kreisregierungsforstämter, Oberregierungsrat Rosenbaum (Breslau) namens der Reichsbahnverwaltung, Regierungsrat Dr. Marins als Vertreter des Oberpräsidenten, Syndikus Regierungsrat Delrichs namens der Breslauer Handelskammer, Regierungsrat Schmalz als Landesfinanzamt Breslau im Auftrage des Reichsfinanzamtes, ferner Vertreter von Spitzenorganisationen des Holzhandels und der Holzindustrie.

Nach Erledigung innergeschäftlicher Angelegenheiten erfolgte die Erstattung des Geschäftsberichts durch den Vereins-Syndikus Dr. Heller.

Das Oberhochwasser.

Der Oberstrom steht auch heute noch in Katibor sehr hoch. Es wurden heute früh 4,80 m am dortigen Pegel abgelesen; das ist noch immer ein Meter über der Auslieferungshöhe. Bis Breslau macht sich das Hochwasser auf der ganzen Strecke bereits kräftig bemerkbar. In dem Niederungsgebiet oberhalb Breslaus ist die Auslieferungshöhe bereits überschritten und das Wasser ist in das Überschwemmungsgelände übergetreten.

Kattowitz, 16. Oktober. Am Sonnabend nachmittag ist die Wohnung des Eisenbahnpräsidenten Nowikow vollständig ausgeraubt worden. Wertgegenstände, Kleidungsstücke und anderes im Werte von mehreren hunderttausend Mark wurden gestohlen.

Handelsteil.

Berliner Dollarkurs: 2840.

Berlin, 17. Oktober. Börse. Anfangsbericht. (Eig. Tel.) Derien zeigten heute keine wesentliche Veränderungen. Dollarnoten notierten etwas unter Newporter Parität mit 2840. Im Effektenverkehr machte sich nach den jüngsten Steigerungen eine gewisse Reaktion bemerkbar, so daß die Kurse keine ganz einheitliche Haltung zeigten. Immerhin blieb die Grundstimmung fest. Kolonialwerte liefen zum Teil nach, wie Yonoma 180 000, Deutsche Kolonialgesellschaft 7400, Soman 8700, Saliterra 126 000, Süddeutsche 7500, Kaoko 1700. Am Montanmarkt erzielten sensationelle Steigerungen Böden auf den ägyptischen Kohlenfeldern um etwa 2000 Proz. auf 7000, später 8700, ferner Oberfels um 2700 Proz. auf 5250. Ferner stellten sich höher: Nfz Bergbau 3250 (+50), Kattowitzer 3900 (+150), Rheinische Braunkohlen 5100 (+250), Caro 2025 (+50), Rheinisch 5000 (+50), Riebed 5050 (+50), Schleifische Binzhütten 9400 (+600). Dagegen liefen nach: Bochumer 440 (-150), Wüterus 2400 (-180), Deutsch-Luxemburger 4475 (-175), Effener Steinböden 4050 (-150), Gelsenkirchener 4550 (-200), Carpener 7150 (-150), Laurahütte 4400 (-50), Rhön 5400 (-400), Rombacher 2250 (-175). Kaliwerte steigend, wie Ronnenberg 5000, Selbura 2650, Halle Kali 2000, Rüggershall 970. Bankaktien gefragt, besonders Bank für elektrische Werte (+200), Österreichische Kredit (+25). Schiffahrtsaktien begehrt. Sana (+35), Deutsch-Australier (+40), Samburg Süd (+100). Anilinwerte steigend, wie Elberfelder Farben (+100). Elektroaktien gingen gleichfalls in die Höhe, wie A. G. G. (+285), Bergmann (+50), Licht und Kraft (+100), Felten & Guilleaume (+200), doch Siemens (-150). Von verschiedenen Industrieaktien tendierten höher: Sühr (+200), Seltener Vulkan (+300), Union Vieherei (+200), Hugo Schneider (+300), Hadelhof (+135), Humboldt Maschinen (+210), Deutsche Waffen (+250), Augsburg Nürnberg (+340), Stahlbaum (+850), Ditzwerke (+300), Stahlberg Lift (+250), Schweißerei (+200). Später Carpenner und Deutsch-Luxemburger steigend, dagegen Kattowitzer abgeschwächt.

Breslauer Notenkurs vom 17. Oktober. Anfangskurse. (Eig. Tel.) Dollar 2840, Holland 112 600, Schweiz 52 650, Englische Noten 12 700, Frankreich 21 500, Prag 9520, Polnische Noten 27, Österreichische Noten 3,72 1/2, Ungarn 98.

Breslau, 17. Oktober. Börse. Die Aufwärtsbewegung, die an der gestrigen Börse eingetreten war, machte heute weitere große Fortschritte. Es fanden auf allen Marktgebieten übertriebene sein. Am Kassa-Industriemarkt waren Montanwerte stark begehrt. Kohlenhöfen um 50 Proz. überbedarf um 195 Proz. und Caro um 75 Proz. Am Textilmarkt stellten sich Krampf um 200 Proz., Schleifische Textilwerte um 160 Proz., Wehr Kaufmann um 9 Proz. und Gruschwitz Textil um 150 Proz. höher. Von Zementwerten waren Doppelner um 90 Proz. gesteigert, während Großschwiger um 25 Proz. nachgaben. Terranwerte lagen fester, wie Kleinburger (+20), Gräbisdener (+40) und Baubank (+50), aber Immobilien unverändert. Am Zuckermarkt sprangen Haynauer um 345 Proz., Krausfelder um 780 Proz. und Köbeler um 90 Proz. in die Höhe. Auch der Markt der Spezialwerte lag außerordentlich fest. Höher stellten sich: Breslauer Elektrische (+20), Feldmühle (+295), Köbeler (+350), Ditzwerke (+375), Rütgerswerke (+250),

Waldener Eisenwerke (+210), Suta (+40), Zink-Seemann (+30), Dole (+70), Waidenburg (+15), Hydrometer (+135), Schleifische Gas A 1825, B (+75), Freiburger Löhren (+130) und C. H. Schleifchen (+81). Strengener Württemberg um 275 Proz. gesteigert und mußten repartiert werden. Im weiteren Verlauf lagen die Werte noch um 75 Proz., Meinde dagegen schwächten sich um 25 Proz. ab. Am Warenmarkt gaben Schleifische Bodenbank-Aktien auf 120 nach. Im freien Verkehr war das Geschäft auch recht lebhaft. So stiegen Starke u. Hofmann auf 680 G., 700 B., Christoph u. Hamm auf 810 G., 830 B., Gorfauer Societätsbrauerei auf 550 G., 570 B. und Tüppner auf 380 G., 400 B., während Deutsche Elektrische und Fehr u. Wolf unverändert lagen. In ausländischen Zahlungsmitteln war das Geschäft gering. Tschechische Noten gaben auf 925 für große Stücke und 930 für kleine Stücke nach. Deutsche-Esterreichische Noten schwächten sich auf 3,30 ab. Auch Polnische Noten waren niedriger und wurden mit etwa 27 G., 27 1/2 B. gehandelt. Auch die Devisenkurse gaben dementsprechend nach. Man zahlte für Anzahlung Wien 3,48 G., 3,52 B. für Anzahlung Prag 938,30 - 936,70 B., Anzahlung Budapest wurde gestrichen. Dollarnoten wurden mit etwa 2825 gehandelt. Der Markt der heimischen Anlagepapiere und Industrieobligationen lag gleichfalls etwas fester.

Anleihen, Deutsche Pfandbriefe, Industrie-Obligationen.					
	17.	16.			
3 1/2% Deutsche Reichsanleihe	170,00bz	130,00bz	4 1/2% Anleihen Part. 100	—	—
3% do.	180,00bz	130,00bz	4 1/2% Bismarckhütte (103)	—	—
5% do.	235,00bz	235,00bz	5% D. Textill. Mauter (102)	82,00 B	80,00 bz
5 1/2% do.	77,15bz	77,15bz	4 1/2% Bismarckhütte (1919)	—	—
5 1/2% Prämien-Anleihe	82,00bz	82,00bz	5% Elektr. Strahlb. 1917/18	96,00 B	96,00 B
4 1/2% D. Reichsschatzanz.	70,30bz	72,00bz	5% Elektr. Strahlb. 1917/18	78,00bz	81,00bz
4 1/2% do. 100	—	83,75bz	4 1/2% Feldmühl. 1911 (102)	82,00bz	—
3% Prämien-Consois	—	93,00bz	4 1/2% do. v. 1912 (103)	82,00bz	—
3 1/2% do.	70,50bz	70,00bz	4 1/2% do. v. 1914 (102)	—	—
5% Fremdb. Schatzanz. 1924	99,30 B	99,30 B	4 1/2% do.	—	—
3 1/2% Prämien-Stadlan.	62,00bz	62,50bz	4 1/2% Habsburger (100)	—	72 stw bz
3% do.	81,00bz	85,00bz	4 1/2% Kattowitzer 1911/12	—	—
3% Schles. Pfandbriefe A	71,00bz	71,00bz	3 1/2% Laurahütte	—	—
do. Lit. C.	71,00bz	72,00bz	4 1/2% Luhe-Holmann (107)	81,00bz	80,00bz
3 1/2% do. Lit. A.	75,50bz	76,00bz	do. (110)	81,00bz	80,00bz
3 1/2% do. Lit. B.	75,50bz	76,00bz	4 1/2% Luhe-Holmann (102)	—	89,00bz
4% do. Lit. A. u. C.	85,00bz	85,00bz	5% Meyer Kaufm. Text. (102)	—	84,00 B
4% do. Lit. B.	85,00bz	85,00bz	4 1/2% H. Schale. Elektrische	—	71,00bz
3 1/2% Pos. Pfandbriefe	40,00 B	41,50 B	do. (102)	—	75,00bz
4% do. Lit. D. u. E.	40,00bz	41,50bz	5% do. (102)	—	75,00bz
4% do. neue	40,00bz	—	4% Oberschles. Hütte (104)	—	—
3 1/2% Schles. Pfandbriefe	72,00 B	70,00bz	5% Oberschles. Hütte	—	—
3% Schles. Pfandbriefe-Obl.	—	87,00bz	4 1/2% O. Eisen. Hütte (102)	—	—
3 1/2% do.	57,00 B	57,00bz	4% do. do. do. (11)	—	—
4% do.	67,00bz	67,00bz	4% do. do. do. (102)	—	—
4% Schles. Komm.-Anl. (A)	92,00 B	92,00 B	4% do. do. do. (102)	—	—
3 1/2% Schles. Boden-Pfbl.	65,00 B	65,00 B	4% do. do. do. (102)	—	—
3 1/2% do.	65,00 B	65,00 B	4% do. do. do. (102)	—	—
4% do. VII	74,25bz	74,25bz	4% do. do. do. (102)	—	—
4% do. VIII-IX	74,25bz	74,25bz	4% do. do. do. (102)	—	—

Oest. Banknoten (neue) 10 000er bis 50 000er 3,30 bz. Tschechoslowak. Staat (neue) 5000er bis 100er Kr 9325,00 bz. unter 100 Kr. 9340,00 bz.

Dividendenwerte.					
	17.	16.			
Arhimedes	2700	2451	Ohlen Erben	970	1800
Breslauer Bankbau	430	400	Opp. Zement (Frankfurt)	1500	410
do. Malt-Fabrik	980	950	Ullrichs-Aktien, Berl.	1525	1180
Carlsbühl	—	1150	do. 1/2% Vorzugs-Aktien	—	715
Deutscher Eisenhandel	1150	940	Partisan-Zement (Görlitz)	—	2650 stw bz
Deutscher Eisenhandel	—	6500 stw bz	Reichert-Holz und Holz	—	1250 stw bz
Elektr. Strahlb. Bresl.	355	335	Rütgerswerke	1850	1600
Elektronen-Strahlb. A. G.	—	1670	Sächsische Zementfabrik	120	125
Feldmühl. Pap.-u. Zellfabr.	1300	1605	Sächs. Zementfabrik	—	1180
Fildner Maschinenbau	1360	1100	do. Zementfabrik	—	1800
Frankfurter Zucker	3200	3450	do. Zementfabrik	—	1200
Gasfabrik	—	1700 stw bz	do. Zementfabrik	—	2000
Habsburgerwerke	2785	2675	do. Zementfabrik	—	400
Halle	720	680	do. Zementfabrik	—	1210
Hydrometer	1625	1500	do. Zementfabrik	—	2025
Kattowitzer	—	3500	do. Zementfabrik	—	1360
Kattowitzer	—	4100	do. Zementfabrik	—	1050 stw bz
Kattowitzer	—	1155	do. Zementfabrik	—	975
Kattowitzer	—	98	do. Zementfabrik	—	320
Kattowitzer	—	1850	do. Zementfabrik	—	360
Kattowitzer	—	990	do. Zementfabrik	—	370
Kattowitzer	—	430	do. Zementfabrik	—	600
Kattowitzer	—	2295	do. Zementfabrik	—	2250
Kattowitzer	—	1925	do. Zementfabrik	—	2200
Kattowitzer	—	3200	do. Zementfabrik	—	525

Elektrizitätswerk Schlesien A. G. 600,00 bz. Gruschwitz 1200,00 bz
w. Röhrenfabrik, 16. Oktober. Getreidewert auf London 22,28, Newyork 503, Hamburg 134,75, Antwerpen 117,75, Seltzingers 11,75, Prag 17.
w. Schmalz, 16. Oktober. Schmalzwert auf London 16,30, Berlin 0,13 1/2, Paris 28,45, Brüssel 26,40, Schwitz 69,40, Amsterdam 146, Kopenhagen 74,60, Skandinavien 68,25, Washington 37 1/2, Seltzingers 8,70, Prag 12,75.
w. Schmalz, 16. Oktober. Schmalzwert auf London 24,47, Hamburg 0,23, Paris 42, Newyork 5,50, Amsterdam 215, Zürich 106, Seltzingers 13, Antwerpen 39,50, Stockholm 148, Kopenhagen 111, Prag 19,50.
w. London, 16. Oktober. Wechsel auf Paris 59,05, Belgien 63,59 1/2, Schweiz 24,02, Holland 11,39 1/2, Newyork 4,43 1/2, Spanien 29,04, Italien 106, Deutschland 129,50.
w. London, 16. Oktober. 4proz. Kriegsanleihe 85 1/2, 5proz. Kriegsanleihe 100 1/2, 4proz. Siegesanleihe 88 1/2, Privatdiskont 2 1/2.

Produktenbörse.

Breslau, 17. Oktober. Amtlicher Stimmungsbericht. Getreide: Weizen fest. Preis für Sirke nominell. Kleint: unverändert fest. Preise nominell. Hülsenfrüchte bei schwachem Angebot fest. Raufutter bei knappem Angebot weiter fest. Mehl und Mahlp. Produkte sehr fest. Bei schwachem Angebot war an der heutigen Produktenbörse die Stimmung für alle Getreidearten sehr fest und wurden die Notierungen wiederum erhöht.

Tägliche Amtliche Notierungen für 50 Kilogramm:

Getreide:		Hülsenfrüchte:		
17.	16.	17.	16.	
Gerste, Somm.	5800	5600	Wint. Gerste	5000-6000
(Winter)	—	—	Früh. Gerste	5000-6000
Hirse	5900	5700	Wint. Erbsen	5000-6000
Hirse	3500-4000	3000-3500	Früh. Erbsen	5000-6000
Voggen	5800	5200	Wint. Bohnen	9000-10000
Weizen	5800	5700	Früh. Bohnen	9000-10000

Amtl. Notierung Dienstag und Freitag für 50 kg Hülsenfrüchte:

17.		13.		17.		13.	
Wint.-Erbsen	8000-9000	6500-7000	Wint.-Erbsen	5000-6000	5000-6000	5000-6000	5000-6000
Früh.-Erbsen	7000-8000	6500-6000	Früh.-Erbsen	5000-6000	5000-6000	5000-6000	5000-6000
Wint. Bohnen	9000-10000	—	Wint. Bohnen	8500-9000	8500-9000	8500-9000	8500-9000
Früh. Bohnen	8000-9000	—	Früh. Bohnen	8000-9000	8000-9000	8000-9000	8000-9000

Amtl. Notierung Dienstag und Freitag für 100 kg Mühlenzweckstoffe:

17.		13.		17.		13.	
Weizenmehl	17 500-18 500	16 000-18 000	Weizenmehl	18 500-20 000	17 500-18 500	Weizenmehl	18 500-20 000
Roizenmehl	14 500-15 500	13 500-15 500	Roizenmehl	—	—	Roizenmehl	—

Wichtigster Bericht. Weizen sehr fest, ebenso Roggen. Hafer wenig angeboten. Gerste fest. Hirse schwach angeboten. Hülsenfrüchte fest, mangels Ware fast geschäftlos. Getreidefrüchte in seiner Saat fehlend und weit über Notiz bezahlt. Für Hafer in trockener, schwach angebotener Ware bestand wieder gute Kaufkraft zu höheren Preisen. Hülsenfrüchte wie Erbsen, Bohnen, Widen, Pferdebohnen schwach angeboten und fest. Linsen beider Farben gefragt, ebenso Buchweizen. Am Kleinfuttermarkt bewegte sich das Geschäft in sehr engen Grenzen und blieb die Stimmung abwartend. Roggen- und Weizenmehl wenig angeboten und höher bezahlt. Getreidefrüchte neuer Ernte fehlte, ebenso Weizen schlechter Herkunft. Grasfrüchte dies-

jährlicher und vorjähriger Ernte gefragt, ebenso Luzerne. Mais fest. Futtermittel fest. Heu ausreichend angeführt. Stroh sehr fest und fast ohne Angebot. Kartoffeln schwach angeführt und höher. Mahlp. Produkte fest.

New-York, 17. Oktober. Produktenbörse. Baumwolle. Tageszufuhren 33 000. Ausfuhr nach Großbritannien 11 000. Ausfuhr nach d. Kontinent 29 000.

17.		14.		17.		14.	
Baumwolle	22,45	22,50	Petroleum	16,50	16,50	Weizen, rot	140 1/2
Newyorker	21,75	21,75	Newyorker	13,00	13,00	harter	140 1/2
Novy Oxt.	22,16	22,27	Novy Oxt.	3,00	3,00	Mehl	5,15 580-5,15-5,9
Nov.	22,30	22,39	Schmalz	11,72 1/2	11,95	Kaffee	10 1/2
Nov.	22,42	22,51	Talg, spezial	8	7,25	Novy	9,30 9,17
Jan.	22,27	21,41	Zuckercent.	5,63	5,53	Mais	9,10 9,07

w. Chicago, 16. Oktober. Weizen billig, per Dec. 112 1/2, Mai 112 1/2, Mais billig, per Dec. 60, Mai 67 1/2, Schmalz per Dec. 10,75, Dec. 9,45, Speck 11-12, Schweinefleisch im Westen 90 000, davon in Chicago 35 000.
w. Newyork, 16. Oktober. Sichtbarer Vorrat: Weizen 88 411 000, Kanada-Weizen 26 357 000, Mais 9 739 000.

Bunte Chronik.

Im Berliner Westendjahr las kürzlich der Romanstiftsteller Thomas Mann einen Aufsatz vor, der demnach in der „Neuen Rundschau“ erscheinen soll und sich mit innerpolitischen Gegenwartsfragen beschäftigt. Das Wolff-Büro hält Manns Ausführungen für so wichtig, daß es sie telegraphisch weiterleitet. Mein Wunder, hat sich der Verfasser der „Bundensache“ jetzt doch plötzlich aus einem Saufhaus in einen Kaufhaus verwandelt. Während er nämlich noch im Jahre 1918 in seinen Lebenserkenntnissen Betrachtungen eines Unpolitischen“ der Verpöbelung im neuen Deutschland ein aristokratisch-bürgerliches Ideal entgegenstellte, bekennt er sich nun schrankenlos zur deutschen Republik und ihren Macht-habern. Er begann mit einer Verherrlichung der Hauptmanns, in dessen biederem Rücken sich Deutschlands Wesen spiegelte, und dem vom Inland wie vom Ausland als das geistige Haupt der republikanischen Deutschland betrachtet wurde. Ein Teil der heutigen Jugend hat sich um Hak gegen die Demokratie verschworen, obwohl in den bürgerlichen Parteien und Demokratie engstens verbunden waren. Die Republik sei kein Ergebnis der Niederlage und der Schwäche, sie sei vielmehr entstanden in der Stunde der Erhebung (1), in der auch alle Jugendlichen sie begrüßt hätten. Die deutsche Republik sei noch immer vor allem Deutschland. Vater Ebert, dieser beschreibende würdige Bürger, der immer aufs neue betweide, daß die Demokratie etwas Deutscheres sein könne als der Imperialismus, mit dem Eberts dynastischer Vorgänger Deutschland in der Welt lächerlich gemacht habe, habe richtig gehandelt, als er das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ den Nationalisten aus dem Munde genommen und es zum Lied der Republik gemacht hat. Natürlich ist die Linkspresse begeistert von diesem Umfall. So nennt der „Börse“ seinen Wortzug „das Bestreben eines Konfessionslosen zur wahren Demokratie der Humanität“. Was für eine Frage diese „Demokratie der Humanität“ mitunter in Wirklichkeit zeigt, haben wir wieder die Terrorakte der Berliner Kommunisten bewiesen.

Die Ansicht, daß der Hund manchmal durch sein Geheul den bevorstehenden Tod seines Herrn anzeigt, scheint, wie Dr. Theodor Zell in einem „Mittel im Wesen des Hundes“ betitelten Aufsatz im „Ezo“ mitteilt, kein Aberglaube zu sein: „Ich habe einen solchen Fall selbst in meiner Verwandtschaft erlebt. Die Frau eines schwer Erkrankten schied sofort nach behandelnden Ärzte, weil sie durch das plötzliche Geheul des Hundes und sein Verkrüchen in eine dunkle Ecke sehr beunruhigt war. Der Arzt untersuchte den Kranken eingehend und tröstete die Frau durch den Hinweis, daß für die nächsten 24 Stunden nichts zu befürchten sei. Der Hund war jedoch der bessere Prophet, denn nach drei Stunden war sein Herr tot.“

ok. Um die immer mehr verschwindenden Gemsen zu erhalten, ist in der Schweiz ein Gesetz erlassen worden, das das Schützen von Gemsen in bestimmten Gegenden überhaupt verbietet. Um nun zu ermitteln, ob dieses Gesetz auch seine Wirkung ausübt, wird jetzt, wie im „St. Hubertus“ mitgeteilt wird, auf Veranlassung der Regierung im Kanton Waadt eine Jähling der dortigen Gemsen vorgenommen. Die Forst- und Jagdbeamten haben in der Gegend von Bovonaz nicht weniger als 188 Gemsen gezählt, und schon daraus läßt sich erkennen, daß der Schutz seine guten Folgen gehabt hat. Bis zum Schluß des Jahres soll nun der Gesamtbestand der Gemsen in der ganzen Schweiz zahlenmäßig festgestellt werden.

Eine neue Briefmarkenzettelung wird jetzt in Moskau herausgegeben, die in deutscher Übersetzung „Der Sowjet-Philatelist“ heißt. Das Blatt ist, wie in der „Deutschen Briefmarken-Zeitung“ mitgeteilt wird, das offizielle Organ der Briefmarkenbetriebszentrale, die für die Hungersnothilfe der Sowjet-Regierung geschaffen ist. Die Zeitschrift und in deutscher Sprache verfaßt, und der Inhalt ist reichhaltig. So berichtet z. B. ein Aufsatz über die staatliche Briefmarkenfälschung in der russischen Regierung, die bereits 21 292 verdächtige Stücke umfaßt; ein anderer beschäftigt sich mit der deutschen Post in Russland. Da das Jahresabonnement 4 Goldrubel = 2 amerikanischen Dollars beträgt, ist es für Deutsche so ziemlich unerschwinglich.

Wasserstandsberichte

	15.	16.	17.	M. I.	15.	16.	17.	M.		
Katibor	6,46	5,94	4,50	1,54	Breslau OP.	5,26	4,44	5,36	2,06	
Cosel	3,88	4,47	3,82	0,68	Breslau OP.	+0,40	+0,32	+1,10	0,47	
Krapitz	5,14	5,67	5,48	0,33	Ransern OP.	5,20	5,68	6,00	1,56	
Noisse	+0,92	+0,69	—	—	Ransern OP.	5,00	5,88	5,66	1,12	
nd. OP.	4,52	5,04	5,14	3,78	Dyhernfurth	3,72	4,18	—	1,22	
nd. OP.	4,37	4,82	4,92	4,17	Steinau	—	3,76	3,12	—	1,44
Brieg OP.	5,22	6,18	6,33	1,30	Schönbach	—	—	—	—	1,06
Waldenau	3,78	5,84	5,62	1,37	Forstberg	—	2,18	—	—	3,00
Freschen	2,74	3,23	3,24	1,10	Temu. d. Od.	7 Uhr morg.	+ 8,2	—	—	—